



Plenarrede am 18. Januar 2024 zum Antrag der SPD und CDU „Vorsorgeuntersuchungen U10, U11 und J2 zu gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen der Krankenkassen machen“

**** Es gilt das gesprochene Wort ****

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Darin, dass Vorsorge und Prävention insbesondere im Kinder- und Jugendlichenalter – von besonderer Bedeutung sind, können wir uns ja alle nur einig sein. Die Vorsorgeuntersuchungen U 10, U 11 und J 2 werden von Kinder- und Jugendärztinnen und -ärzten als Zusatzleistung zu den Früherkennungsuntersuchungen empfohlen, um vor allem die Abstände zwischen diesen zu verkürzen; Herr Zander hat es gesagt. Dass sie leider noch nicht von allen Krankenkassen im Bundesgebiet übernommen werden, trifft zu, auch wenn dies in Berlin – anders, als Ihr Antrag suggeriert – mehrheitlich nicht der Fall ist.

Unabhängig davon, wie oft Vorsorgetermine bei Ärztinnen und Ärzten stattfinden, müssen Gesundheitsförderungs- und Präventionsmaßnahmen auch bei den Menschen ankommen. Dafür ist vor allem wichtig: Prävention muss in der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen ansetzen, zum Beispiel in Kitas und Schulen. Dabei ist die gute Nachricht: Es gibt bereits ein Berliner Landesprogramm für integrierte Versorgung. Hier geht es genau darum, verschiedene Ebenen zusammenzubringen, niedrigschwellig, bedarfsorientiert und wohnortnah, um in den verschiedenen Settings anzusetzen. Beratungsbedarfe wie zum Beispiel zu den Themen Ernährung, psychische Gesundheit und gesetzliche Vorsorgeuntersuchungen werden hier über verschiedene Berufsgruppen und Sozialgesetzbücher hinweg miteinander verzahnt, damit die Kinderärztin bei Anhaltspunkten für familiäre Probleme direkt an die Familienberatung nebenan überweisen kann, und zwar bevor mögliche Konflikte Jugendliche krank machen. Zudem werden bei integrierten Angeboten auch Kinder- und Jugendärztinnen entlastet. Das ist bitter nötig, denn wir wissen um die Versorgungslage in Berlin.

Die Gesundheitsverwaltung muss also das Programm, statt es vielleicht in Zukunft zu kürzen, weiter umsetzen. Nehmen Sie das Heft doch bitte in die Hand, Frau Czyborra, und machen Sie sich für soziale Gesundheitsversorgung beim Finanzsenator weiterhin stark. Und ja: Jugendliche sind nicht gut durch die Pandemie gekommen. Aber immer nur mit dem Finger auf andere zu zeigen – auf den Bund, auf den GBA, Herr Zander, und auf Herrn Lauterbach – und zu sagen: Mach mal! – so, liebe CDU, bewegt sich leider gar nichts.

Hier in Berlin sollten wir daher zum Beispiel ein EDD-Programm mit den Kammern und den OSZ für die Oberstufen und die Auszubildenden stricken. Das wäre zum Beispiel mal innovativ! Mein Kollege Louis Krüger veranstaltet in Kürze einen Fachtag zum Thema mentale Gesundheit an Berliner Schulen. Die daraus folgenden Erkenntnisse sollten wir dringend mit einbeziehen. In jedem Fall wird der öffentliche Gesundheitsdienst eine wichtige Brückenrolle spielen. Dafür braucht es aber auch die notwendigen Ressourcen, die er zurzeit nicht hat. Auch hier gilt: Sie haben dies als Koalition nicht nur heute zur Priorität erklärt, jetzt heißt es realisieren.

Wir wissen – und ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin Herrn Christian Drost –: „Man erntet keinen Ruhm für Prävention.“ Insofern danke ich der Koalition für ihren geplanten Vorstoß auf Bundesebene. Allerdings würde ich es begrüßen, wenn nun auch tatsächlich umsetzbare Maßnahmen vor der eigenen Haustür unterstützt werden.

– Vielen Dank!